

Workshop „Unabhängige Lebensführung“

Moderation:

Thomas Bannasch, Bayerischer Landesbehindertenrat

Fabian Baumann, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS)

7 Teilnehmer anwesend.

Die im Entwurf der Fortschreibung enthaltenen Maßnahmen wurden anfangs überblicksmäßig dargestellt. Hierüber bestand im Workshop kein Diskussionsbedarf.

Es gab eine teilweise lebhaftere Diskussion. Schwerpunkte der Diskussion drehten sich um Fragen der Assistenz sowie um die Möglichkeiten, Angebote wohnortnah wahrnehmen zu können. Teilweise wurde die Bereitschaft, visionär zu denken, gefordert. Der Aspekt Wahlmöglichkeit sei eine wesentliche Richtschnur.

I. Genannte Defizite

1. Es gebe wenig wohnortnahe Angebote
2. Die Mobilität sei nur eingeschränkt möglich.
3. Die finanziellen Spielräume seien nur gering (die Löhne in den Werkstätten seien zu niedrig, ebenso die (Erwerbsminderungs-)Rente und die Grundsicherung. Die Beantragung der Leistungen sei zu kompliziert, es gebe zu viel „Zettelwirtschaft“.
4. Das persönliche Budget sei zu wenig bekannt (Was bedeutet es? Wie ist der Begriff zu verstehen? Wie könne es umgesetzt werden?)
5. Es bestünden Probleme bei der Personalgewinnung für Assistenzleistungen.
6. Es müsse echte Personenzentrierung erreicht werden, gerade auch im Hinblick auf individuelle Bedürfnisse, auch in Wohngruppen.
7. Es fehlten Mittel für Sozialgenossenschaften.

II. Besonders betroffene Behinderungsform

Soweit es dazu Äußerungen gab, wurden sie in dem Workshop wie folgt gesehen (die Nummerierung bezieht sich auf die oben genannten Ziffern):

1. Menschen mit schweren Mehrfachbehinderungen
2. Menschen mit Lernbehinderung bzw. mit psychischer Behinderung
3. Menschen mit Lernbehinderung

III. Lösungsansätze

Zu 1.: (wohnortnahe Angebote)

- Es brauche ein Verständnis auch der Menschen mit Behinderung und ihren Familien für Inklusion, das heißt, dass gerade nicht Angebote für Menschen mit Behinderung gesucht werden, sondern allgemeine Angebote (z. B. kann eine Frau im Rollstuhl selbstverständlich in einem Gemeindechor singen)

- Es sei in besonderer Weise Unterstützung für Familien mit besonderen Herausforderungen (z.B. herausforderndem Verhalten) erforderlich.
- Es solle vor Ort eine „Kreativwerkstatt“ stattfinden, um Wege aufzuzeigen, wie sich Menschen mit und ohne Behinderung bei geeigneten Gelegenheiten treffen und näherkommen.
- Lotsen für niedrigschwellige „private Kontakte“ seien sinnvoll, um Menschen ohne Behinderung mit Menschen mit Behinderung zusammenzubringen.
- Kreative inklusive Projekte sollten gefördert werden.

Zu 2.: (Mobilität)

- Es sollten auch für Menschen mit Lernbehinderung bzw. mit psychischer Behinderung Taxischeine ausgegeben werden bzw. Taxigeld gezahlt werden.

Zu 3.: (finanzielle Spielräume)

- Die genannten Leistungen sollten erhöht werden. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang, dass derartige Erhöhungen nicht nur Menschen mit Behinderung zugutekommen dürften.

Zu 4.: (Persönliches Budget)

- Es müsse stärker bekannt gemacht werden, was das persönliche Budget sei und auch was es nicht sei, um nicht falsche Erwartungen zu wecken.
- Es sei eine kompetente Unterstützung bei der Beantragung erforderlich (Beratung); dabei seien auch umfangreich Alternativen aufzuzeigen.
- Es brauche Unterstützungsmöglichkeiten zur Organisation der Assistenz im Fall des persönlichen Budgets („Assistenz beim persönlichen Budget“).
- Es sei eine Evaluation sinnvoll, aus welchen Gründen das persönliche Budget nur selten in Anspruch genommen werde (aus rechtlichen Gründen? Aus tatsächlichen Gründen?)
- Das zur Organisation des persönlichen Budgets erforderliche eigene Konto solle „unabhängig vom Sozialamt“ sein.

Zu 5. und 6.: (Assistenz und Personenzentrierung)

- Es brauche eine echte Weiterentwicklung von Fachleistungen, um Personenzentrierung zu verwirklichen. Best-Practice-Beispiele in diesem Bereich müssten bekannt gemacht und in die Breite getragen werden.
- Es brauche eine Abstufung der Qualifizierung anhand der konkret zu erbringenden Assistenz-Aufgaben.
- Es brauche mehr individuelle Assistenzleistungen auch in Wohngruppen.

Bei der Umsetzung zu beachtende Aspekte:

Zu 3.:

Die Informationen zur Beantragung müssten auch in leichter Sprache verfügbar sein und sie dürften auch nicht nur im Internet abrufbar sein, sondern seien auch in Form eines Briefes zur Verfügung zu stellen.

Folgende Vorschläge wurden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf einer Stellwand im Foyer notiert:

(Es handelt sich dabei um wörtliche Zitate, eine Abstimmung zu diesen Vorschlägen im Plenum erfolgte nicht)

- Geld für Partizipation = Teilhabegeld
- Pflichten für Firmen! (Beschäftigung von Menschen mit Behinderung)
- Recht auf Hilfe, z. B. Schulbegleitung